

A n t w o r t

des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 17/10336 –

Verbesserungen für Situation von Aussiedlern

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/10336** – vom 18. Oktober 2019 hat folgenden Wortlaut:

Am 22. März 2018 haben die Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag „Leistung und Geschichte von Aussiedlern wertschätzen“ – Drucksache 17/5731 – im Landtag beschlossen. Die Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung sind u. a. bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Unterstützung von Vertriebenen und Aussiedlern“ – Drucksache 17/9032 – dargelegt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat das Bildungsministerium nach dem o. g. Beschluss ergriffen, um die Geschichte der deutschen Auswanderung nach Amerika sowie Ost und Mitteleuropa im Rahmen der im Bildungskanon bereits angelegten Lernfelder zu stärken?
2. Welche konkreten Maßnahmen hat das Bildungsministerium nach dem o. g. Beschluss ergriffen, um im Rahmen der Lehrerfortbildung die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auch am Beispiel der bewegten Geschichte der deutschen Minderheiten in Ost und Mitteleuropa zu verdeutlichen?
3. Welche konkreten Initiativen und Aktivitäten hat das Bildungsministerium nach o. g. Beschluss gestartet, um das Schicksal und die Geschichte der deutschen Minderheiten in Ost und Mitteleuropa in weiteren Unterrichtsmaterialien zu thematisieren?
4. Welche konkreten Maßnahmen hat das Ministerium für Gesellschaft, Integration und Verbraucherschutz nach dem o. g. Beschluss ergriffen, um die Bedürfnisse und Leistungen der Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Integrationspolitik des Landes stärker zu berücksichtigen?
5. Inwiefern plant die Landesregierung Maßnahmen oder Aktivitäten, die über den Antrag hinausgehen?

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. November 2019 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 3:

Die Themen der Leistung und Geschichte von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, Geschichte von deutschen Minderheiten und Geschichte der Deutschen Auswanderung werden im Rahmen der Stärkung der Arbeit zur schulischen Erinnerungskultur gefördert. So wird mit dem Ausbau der Koordinierungsstelle Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Schulen zu einer Servicestelle schulische Gedenk- und Zeitzeugenarbeit die Vermittlung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auch zu diesen Themen ausgeweitet. In der laufenden Lehrplanarbeit für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wird das Thema der Migration mit seinen vielfältigen Aspekten besondere Berücksichtigung finden. Zur Förderung der Schulpartnerschaften bzw. der internationalen Begegnungen arbeitet die Schulverwaltung eng mit der Dachorganisation für Partnerschaften in Rheinland-Pfalz zusammen; bei den Partnerschaften mit Oppeln und Mittelböhmen spielt das Thema der deutschen Minderheiten eine eigene Rolle. Zur Förderung von schulischen Aktivitäten in diesem Bereich fand im Mai 2019 eine große Konferenz „Austausch macht Schule“ mit Workshops u. a. zu Mittelböhmen und Oppeln statt. Die Schulen wurden und werden bei diesen und anderen Veranstaltungen verstärkt auf die Internetseiten „Auswanderung aus den Regionen des heutigen RLP“ genauso wie auf das Online-Museum „Lebenswege“ als Informationsressourcen hingewiesen. Die neu hinzugekommenen Informationen und Bestände des „Russlands-Deutsche-Haus“ stellen eine wichtige Vertiefungsmöglichkeit dar. Auf den Bildungsserver-Seiten des Landes wird darüber hinaus die Kooperation mit der Landesarchivverwaltung zur Erschließung schulrelevanter Archivalien zum Thema der Auswanderung vorgestellt.

Zu Frage 2:

Die thematischen Schwerpunkte beim staatlichen Fortbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts (PL) liegen auf Demokratiebildung und Rechtsstaatlichkeit, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Das PL plant eine Fortbildung zur Aus- und Einwanderung mit Fokus auf der Pfalz in Kooperation mit dem Bezirksverband Pfalz (Fokus auf Amerika, Ost- und Mitteleuropa). Die Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung – ein wichtiger Kooperationspartner in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften – erwägt derzeit die Planung einer fachlichen Studienreise nach Rumänien für die Jahre 2021 oder 2022, bei der u. a. das Thema „deutsche Minderheit“ behandelt werden soll.

Zu Frage 4:

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz bezieht die Gruppe der Aussiedlerinnen und Aussiedler in alle Integrationsmaßnahmen mit ein, sofern ein Bedarf vorhanden ist.

So können Aussiedlerinnen und Aussiedler unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus an landesgeförderten Sprachkursen teilnehmen. Ebenso können sie das landesgeförderte Beratungsangebot der Migrationsfachdienste bei Bedarf in Anspruch nehmen. Die verschiedenen Fördertöpfe stehen der Gruppe ebenso offen wie allen anderen Migrantengruppen. Daneben können sie nach wie vor Mittel zur Pflege und Erhaltung ihres Kulturgutes beantragen, wofür ein gesonderter Fördertopf zur Verfügung steht.

Zu Frage 5:

Die Landesregierung plant derzeit keine Maßnahmen oder Aktivitäten, die über den Antrag hinausgehen.

In Vertretung:
Dr. Christiane Rohleder
Staatssekretärin